

EDITORIAL

Sehr geehrte Energiekunden,

seit Wochen dreht sich ein Großteil der energiewirtschaftlichen Diskussionen um einen zunehmend dominanten Bestandteil des Strompreises: der Ökostrom-Umlage zur Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG-Umlage) und der Bekanntgabe ihrer Höhe für das kommende Jahr 2013.

Nachdem die Gerüchteküche bereits im Vorfeld ordentlich gebrodelt hatte, haben wir nun Gewissheit. Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber gaben heute Vormittag offiziell bekannt, dass die EEG-Umlage zum 1. Januar 2013 um fast 50 Prozent auf satte 5,277 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) ansteigen und damit ein neues Rekordniveau erreichen wird.

Mit einem Anstieg hatten die meisten Verbraucher längst gerechnet; und das aus gutem Grunde. Zum einen, da sich die Berichterstattung rund um die Umlage in diesem Jahr auf relativ verlässliche Quellen innerhalb der Branche berufen konnte; zum anderen, da die EEG-Umlage seit ihrer Einführung im Jahr 2000 (damals 0,2 ct/kWh im Durchschnitt!) ausnahmslos gestiegen ist. Überraschung hätte es daher wohl nur bei einem stagnierenden oder fallenden Niveau gegeben. Auch haben die meisten Verbraucher bereits gelernt, die überoptimistischen Prognosen der öffentlichkeitswirksamen Meinungsmacher zu relativieren. Die teils waghalsigen Prognosen und der Umstand, dass sich die EEG-Umlage zu einem Politikum erster Klasse entwickelt hatte, haben im Laufe der vergangenen Jahre schließlich ihre Spuren hinterlassen.

Über die Probleme und Nebenwirkungen der Ökostrom-Umlage wissen jedoch nur wenige Experten Bescheid. Die EEG-Umlage, welche im Grundgedanken ein transparentes Förderinstrument sein sollte, ist nämlich weitaus komplizierter als die meisten annehmen.

Ein zentrales Problem der Umlage ergibt sich aus ihrer wechselseitigen Abhängigkeit von der Strombörse: durch die verstärkte Einspeisung von Photovoltaikstrom werden die bisherigen Börsenpreisspitzen zur Mittagszeit effektiv gedämpft. Hierdurch steigen die Differenzbeträge zwischen den tatsächlich realisierten Börsenpreisen einerseits und der fixen Einspeisevergütung für die Erzeuger des Ökostroms andererseits. Diese wachsenden Differenzbeträge werden wiederum durch die EEG-Umlage ausgeglichen. Das logische Ergebnis dieses Wechselspiels ist ein systematischer und anhaltender Anstieg der EEG-Umlage.

Das Ausmaß dieser Entwicklung wird bereits heute mehr als deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die EEG-Umlage (2013) als strompreisbildende Komponente den Energiepreis nahezu eingeholt hat - was im Klartext bedeutet, dass der Verbraucher genauso viel für die Quersubventionierung der Erneuerbaren Energien zahlt wie für die Produktion des Stroms selbst. Ob das im Sinne des Gesetzgebers ist, bleibt fraglich.



Dr. Dietmar Polster
-Vorstand-

INHALT

Seite 1

» Editorial

Seite 2

» Fortführung des Spitzenausgleiches bei der Ökosteuern

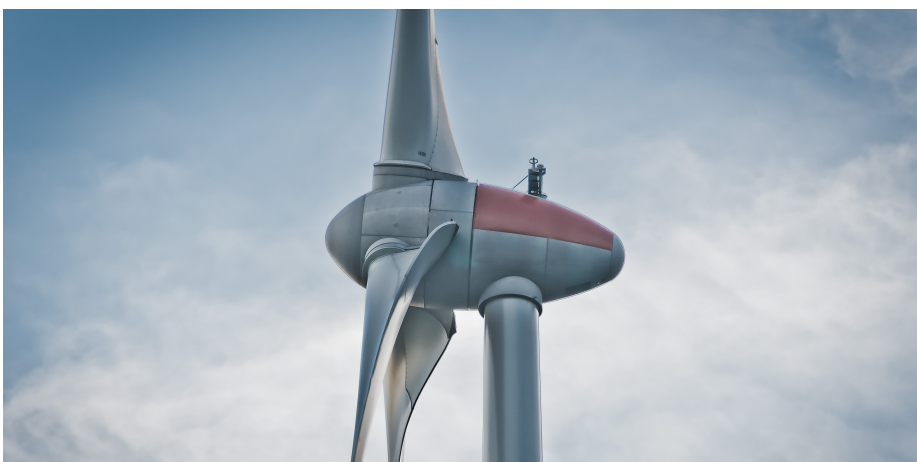
» Industrie spart in 2012 über 137 Mio. Euro EEG-Umlage

Seite 3

» Herbst 2012: Blätter fallen - Gaspreise steigen

» Abschaltverbot für systemrelevante Kraftwerke

» Impressum



Bildrechte Andreas Barnickel / pixelio.de

Fortführung des Spitzenausgleiches bei der Ökosteuern

Mit dem Beschluss des Gesetzesentwurfes zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes vom 1. August steht es fest: Der Spitzenausgleich für die so genannte Ökosteuern wird weitere zehn Jahre fortgeführt. Im Gegensatz zur alten Fassung beinhaltet die Neuordnung jedoch einen erweiterten Auflagenkatalog, der eine effiziente Nutzung von Energie in den Unternehmen sicherstellen soll.

Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums haben im vergangenen Jahr rund 25.000 Unternehmen Vergünstigungen von insgesamt mehr als 2,3 Milliarden Euro erhalten.

Neue Auflagen

Am Umfang des bekannten steuerlichen Ausgleichs hat sich durch die Überarbeitung nichts verändert, jedoch an den Voraussetzungen für dessen Erhalt. Gemäß der Neufassung von § 55 Energiesteuergesetz (EnergieStG) und § 10 Stromsteuergesetz (StromStG) gilt nun:

- **Großunternehmen** werden ab 1. Januar 2013 in die Pflicht genommen, ein Energiemanagementsystem (EnMS) nach DIN EN ISO 50001 oder ein Umweltmanagementsystem nach EMAS einzuführen und dieses bis zum Jahr 2015 in Betrieb zu nehmen.
- Für **kleinere und mittlere Unternehmen** (KMU) bedarf es zukünftig regelmäßig durchgeführter Energieaudits beziehungsweise entsprechender Maßnahmen nach EN 16427, wenn sie kein EnMS einführen wollen.
- Die **Industrieunternehmen** verpflichten sich überdies, ihre Energie-Effizienz in den Jahren 2013 und 2014 um mindestens 1,3 Prozent zu steigern, ab 2016 dann um 1,35 Prozent. Diese Verpflichtung gilt für alle begünstigten Wirtschaftszweige insgesamt, nicht für das einzelne Unternehmen.

Geteilte Meinungen

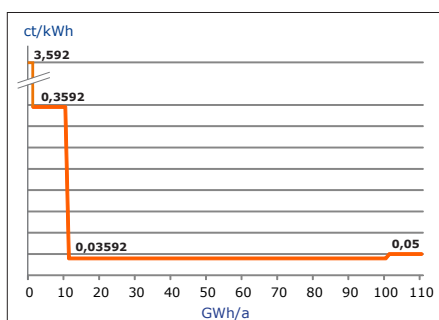
Die Fortführung der Ausgleichsregelung trifft insgesamt auf geteilte Meinungen. Während der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Fortführung des Spitzenausgleichs begrüßte, warfen unter anderem Vertreter vom Bündnis 90 / die Grünen der Bundesregierung vor, den Gesetzesentwurf verwässert zu haben. Vize-Fraktionschefin Bärbel Höhn zufolge müsse sich kein Industrieunternehmen ins Zeug legen, um die Zielwerte der Einsparungen zu erfüllen. Dies bestätigte auch eine Studie des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) aus der hervorgehe, dass die Industrie in den vergangenen Jahren auch ohne gesetzliche Verpflichtungen Effizienzsteigerungen von rund 1,4 Prozent verzeichnen konnte.

Energieintensive Industriezweige, wie die deutsche Stahlbranche, merkten hingegen an, dass man wegen der hohen Energiepreise bereits in den vergangenen Jahren extrem sparsam gewirtschaftet habe. Eine weitere Effizienzsteigerung um 1,3 Prozent würde daher durchaus schwerfallen. Der Energieverbrauch der deutschen Stahlindustrie wurde in den vergangenen 50 Jahren um über 40 Prozent reduziert.

Industrie spart in 2012 über 137 Mio. Euro EEG-Umlage

Die deutsche Politik entlastet stromintensive Industriebetriebe; unter anderem durch vergünstigte EEG-Umlagen. Gemäß der so genannten besonderen Ausnahmeregelung reduziert sich der EEG-Umlagen-Satz so von 3,592 ct/kWh (für die erste Million Kilowattstunden) auf 0,3592 ct/kWh (für die zweite bis zehnte Million Kilowattstunden) und dann auf 0,03592 ct/kWh (elfte bis 100. Million Kilowattstunden).

Im Jahr 2012 beliefen sich die Einsparungen der begünstigten Unternehmen bundesweit



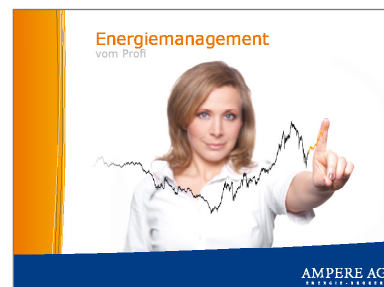
Der gleitende Einstieg: Höhe der EEG-Umlage (2012)
Quelle: Ampere AG 2012

Energiemanagement vom Profi

Nutzen Sie das Know-how der Ampere AG bei der Verbesserung Ihrer Energieeffizienz. Sichern Sie die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens (EEG 2013/2014, Spitzenausgleich bei der Ökosteuern etc.) frühzeitig.

Unser Leistungsspektrum reicht von Energieberatung für Mittelständler bis hin zur Begleitung bei Zertifizierungen nach DIN EN ISO 50001 bei Großunternehmen.

- » Verfahrens-/Prozessoptimierung (Kälte, Wärme, Antriebstechnik, Beleuchtung, RLT)
- » Simulation von Energiesystemen zur Planung und Energieeffizienzsteigerung
- » Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen (ROI, LCC, Contracting)
- » Energiemanagement nach DIN EN ISO 50001 u.v.m.



[hier gehts zur Broschüre](#)

Oder rufen Sie uns an. Gerne erklären wir Ihnen alle Details: **030 28 39 33 80**

auf mehr als 137 Millionen Euro, wie eine aktuelle Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft ergab. Im Gegensatz zu den Vorjahren wird für die Rückerstattung der EEG-Sätze seit Anfang dieses Jahres allerdings ein zertifiziertes Energiemanagementsystem nach DIN EN ISO 50001 verlangt.

Seit dem 15. Oktober dieses Jahres steht die neue EEG-Umlage fest. Mit 5,277 ct/kWh wird sie deutlich über dem aktuellen Satz von 3,592 ct/kWh liegen.

Die Blätter fallen - die Gaspreise steigen

Es wird Herbst. Rund 190 der rund 750 deutschen Grundversorger haben ihre Gaspreise erhöht oder Preiserhöhungen für Oktober beziehungsweise November angekündigt. Auch dieses Mal sind die Preiserhöhungen für viele Verbraucher deutlich spürbar. Sie belaufen sich im Durchschnitt auf rund sieben Prozent. Ein Unternehmen mit einem Verbrauch von ca. 300.000 kWh jährlich muss so mit Mehrkosten von rund 950 Euro im Jahr rechnen. In manchen Liefergebieten verlangt der ansässige Grundversorger sogar satte 12 Prozent mehr als im Vorjahr, was Mehrkosten von rund 1.600 Euro pro Jahr bedeutet, wie zum Beispiel

die Stadtwerke Rottenburg am Neckar in Baden-Württemberg. Betroffenen Betrieben wird geraten, die Inanspruchnahme ihres im Allgemeinen geltenden Sonderkündigungsrechtes bei Preiserhöhungen in Betracht zu ziehen und gegebenenfalls den Versorger zu wechseln.

Weitere Wellen von bundesweiten Gaspreisanhebungen werden zumindest kurzfristig nicht erwartet.

Ampere bietet bundesweit attraktive Rahmenverträge für Strom und Gas mit Energiepreisgarantien bis teilweise Ende 2014 an. Eine Liste aller Versorger, die ihre Preise angepasst haben finden sie [hier](#).

**Wir erhöhen keine Preise,
wir senken sie!**

**Ihr persönlicher
Preis-Check unter:
030 28 39 33 80**



Abschaltverbot für systemrelevante Kraftwerke

Die vermehrte Einspeisung von Ökostrom macht den Betrieb von ineffizienten oft älteren Kraftwerken unrentabel. Energieversorger ziehen daher eine Abschaltung ihrer alten Anlagen in Erwägung. Dem will die Bundesregierung allerdings einen Riegel vorschieben. Um etwaige Stromengpässe in den Wintermonaten zu überstehen, will sie ein vorübergehendes Abschaltverbot für dringend benötigte Gaskraftwerke ins Leben rufen. Der Gesetzesentwurf liegt bereits vor, wie die Presse berichtet. Kraftwerksbetreiber sollen die Stilllegung von Gaskraftwerken demnach zukünftig zwölf Monate im Voraus anmelden. In Notfällen kann die geplante Stilllegung des Kraftwerks dann verboten werden.

Bis Ende März kommenden Jahres sollen die Übertragungsnetzbetreiber mit der Bundesnetzagentur alle systemrelevanten Kraftwerke auflisten. Besonderes Augenmerk erhalten dabei süddeutsche Gaskraftwerke, die schnell reagieren können. Rund 3.900 Megawatt Leistungsreserve sieht der Entwurf vor.

Standby-Kosten der Kraftwerke

Die Besitzer der betroffenen Kraftwerke erhalten, so der Gesetzesentwurf, eine Aufwandsentschädigung - sowohl für die Bereitstellung als auch für den Betrieb der

Reserven. Schätzungen zufolge belaufen sich die Jahreskosten für die so genannte Kaltreserve auf rund 287 Millionen Euro, welche über die Netzentgelte, einem Bestandteil des Strompreises, vom Endverbraucher eingefordert werden.

Notwendigkeit der Reserven

Es besteht kein Zweifel, dass Deutschland Reserven benötigt, wie die Engpässe im vergangenen Winter und auch die jüngsten Ausfälle der neuen RWE-Kraftwerksgeneration im August dieses Jahres zeigten. Innerhalb kürzester Zeit fielen gleich mehrere Blöcke des RWE-Kohlekraftwerks (Typ BoA) in Neurath aus, weil die Steuertechnik versagt hatte. Das Resultat war ein abrupter Leistungseinbruch von mehr als 2,1 Gigawatt und spürbare Spannungsschwankungen, die der Netzbetreiber Amprion glücklicherweise meistern konnte.

Kritische Stimmen

Die geplante gesetzliche Regelung stellt einen massiven Eingriff in den liberalisierten Energiemarkt dar. Darüber sind sich Experten einig. „Es kann nicht im Sinne der Bundesregierung sein, eine wenn auch offensichtlich schwierige Situation mit Notmaßnahmen anzugehen, ohne vorab alle denkbaren

marktwirtschaftlichen Lösungen geprüft zu haben“, so Hildegard Müller, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Ferner: „Die Energieversorgung ist marktwirtschaftlich organisiert, zum Nutzen der Bürger.“

Alternative zur erneuten Regulierung?

Auch Dr. Felix Matthes, Forschungs-Koordinator für Energie- und Klimapolitik des Leipziger Öko-Institutes, sieht im Abschaltverbot höchstens eine „ganz kurzfristige Lösung.“ Bei einem Fachgespräch des Deutschlandfunks plädierte er für die Einrichtung von Kapazitätsmärkten. „Das Prinzip hier besteht darin, dass man einen Markt erzeugt, in dem nicht nur die Produktion von Kilowattstunden einen Preis erzielt, sondern in dem auch die Bereitstellung von Kapazität, ohne dass zunächst erst mal produziert werden muss“, so Matthes. Dazu sei allerdings ein Mindestmaß an Flexibilität und Umweltfreundlichkeit der Kraftwerke von Nöten. Dieses Modell sei im Gegensatz zu dem aktuellen Konzept ein langfristiges. Viele Energie-Experten sehen große Potentiale in den sogenannten Kapazitätsmärkten.

Wie sich das Gesetzgebungsverfahren schlussendlich entwickeln wird, bleibt noch abzuwarten.

Impressum

Die EnergieInfo ist eine Information der Ampere AG, Charlottenstraße 4, 10969 Berlin, Telefon: 030 28 39 33 0, Telefax: 030 28 39 33 11, E-Mail: mail@ampere.de. Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Registernummer: HRB 78074, Redaktion: Klaus Schulze Temming